

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— Mt., bei Selbstabholung 5.50 Mt. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mt. für einen Monat 6.— Mt. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4508. — **Volkstelefon Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Lauchaer Str. 19/21  
 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
 Telefon 13803. — **Verlag in Leipzig,** Lauchaer Straße 19/21 — Telefon 4508

**Inseratenpreise:** Die 7gelpaltene Kolonelseite oder deren Raum 2.50 Mt. bei Platzvorrat 3.— Mt.; Familiennachrichten, die 7gelpaltene Zeile 2.— Mt. Reklame-Kolonelseite 10.— Mt. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
 Schluß der Inseraten-Aufnahme für die tägliche Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

### Die Konferenz in Washington. Neue internationale Konferenzen. — Einladung Deutschlands?

**London, 26. November.** Reuters berichtet aus Washington, Präsident Harding hoffe, daß aus der augenblicklichen Abrüstungskonferenz eine fortbauende Konferenz hervorgehen werde, auf der die Nationen von Zeit zu Zeit internationale Fragen erörtern. Präsident Harding habe bereits gegenüber einigen der gegenwärtigen Delegierten versichert, daß eine solche Entwicklung innerhalb der Grenzen des Möglichen liege. Als erster Schritt zur Verwirklichung des Planes des Präsidenten Harding für einen Verband der Nationen gilt in Washington in maßgebenden amtlichen Kreisen, daß die Nationen, die auf der augenblicklichen Konferenz nicht vertreten sind, einschließlich Deutschlands, vielleicht eingeladen werden würden, die in Washington gefassten Beschlüsse anzunehmen. Es wurde auch vorgeschlagen, daß andere Nationen, die nicht vertreten sind, gebeten werden könnten, ihre Ansichten über die Verhandlungen auszudrücken, bevor die Konferenz endgültige Beschlüsse gefaßt hätte.

**London, 26. November.** Der Washingtoner Berichterstatter des Daily Chronicle erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß der Gedanke einer finanziellen und wirtschaftlichen Konferenz, die wahrscheinlich in London oder Paris im nächsten Jahre stattfinden sollte, Boden gewinne. Wenn eine solche Konferenz veranstaltet werde und die deutschen Reparationssummen, die in der Zwischenzeit fällig würden, gesahnt seien, so bestände die Möglichkeit, daß Deutschland eingeladen werde, zu dieser Konferenz Vertreter zu entsenden.

### Herabsetzung der Schuldsumme der Allierten?

**Paris, 26. November.** New York Herald meldet, daß die Vereinigten Staaten, falls die Konferenz einen erfolgreichen Abschluß findet, geneigt seien, eine zweite Konferenz einzuberufen, auf der die Herabsetzung der alliierten Schulden um 50 Prozent vorgeschlagen würden. Voraussetzung sei, daß England sein Guthaben in gleicher Weise herabsetze. Harding hoffe, daß auch der neue Vorschlag Erfolg habe.

**Biviani gegen die Zuziehung Deutschlands.**  
**Paris, 27. November.** Der Führer der französischen Delegation in Washington erklärte einem Vertreter der Associated-Press, der Plan des Präsidenten Harding, wenn möglich, neue internationale Konferenzen zusammenzubringen, um die großen Weltprobleme zu lösen, fände keine vollkommene Billigung. Er sei überzeugt, daß die europäischen Völker nicht glauben, daß der Gedanke des Präsidenten in die Rechte des Völkerbundes eingreifen könne. Es sei bebauerlich, wenn Amerika, da es den Völkerbund nicht anerkenne, sich isoliert fühlen würde. Ueber die Möglichkeit der Teilnahme Deutschlands an diesen Konferenzen sprach sich Biviani wie folgt aus: Ich kann mich nur auf meine Rede in Genf beziehen, in der ich mich gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund aussprach. Frankreich wird warten, bevor es mit Deutschland, das die Rechte offenkundig verletzt hat, auf dem Stande der Gleichheit über Menschenrechte diskutiert, bis es seine Neue durch fortgeschrittene Aufrichtigkeit kundgegeben hat.

### Ein italienisch-französischer Zwischenfall?

**Rom, 26. November.** Verschiedene Blätter berichten aus Washington einen heftigen Zusammenstoß zwischen Schanzer und Briand. Briand erging sich in Schmähungen gegen das italienische Meer (?) und erklärte, Frankreich brauche weder eine Kontrolle noch einen Rat von Freund oder Feind, es werde selbst für seine Sicherheit sorgen. Della Loretta verneinte vor der Kammer die Wahrscheinlichkeit eines so schweren Zwischenfalls.

**Rom, 28. November.** (TL.) Wie die „Agenzia Stefani“ meldet, empfing der Minister des Aeußern, Marquis della Loretta, von dem Führer der italienischen Delegation in Washington, Senator Schanzer, das folgende Telegramm:  
 „Gure Exzellenz wollen mit dem schärffsten Nachdruck die unünftigen Erfindungen einer englischen Zeitung dementieren. Der angebliche Zwischenfall zwischen Briand und mir existiert nicht. Briand hat kein Wort gesprochen, das auch nur im entferntesten gegen Italien gerichtet gewesen wäre.“

### Franzosenfeindliche Kundgebungen in Turin.

**Rom, 26. November.** Infolge der abfälligen Neußerung Briands über die italienische Armee haben in Turin erneut franzosenfeindliche Demonstrationen stattgefunden. Studenten haben das französische Konsulat gestürmt, und nicht nur das Bureau des Konsulats zerstört, sondern auch das Leben des französischen Konsuls bedroht.

### Deutscher Protest gegen die Rede Briands?

**Berlin, 28. November.** (Eigene Drahtmeldung.) Der Petit Parisien läßt sich, wie die Berliner Montagspost mittelst, aus Berlin berichten, daß Reichsminister Briand ursprünglich die Pflicht gehabt habe, auf die Rede Briands in Washington zu antworten. Der Reichsminister habe aber davon Abstand genommen. Dafür sei vom Kabinett beschlossen worden, dem amerikanischen Geschäftsträger Dressel zur Übermittlung an Staatssekretär Hughes, den Vorsitzenden der Abrüstungskommission, eine Note zu übergeben. In dieser an Amerika gerichteten Note protestiere Deutschland gegen die Rede Briands, insbesondere gegen die von Briand aufgestellte Behauptung über angeblich in Deutschland bestehende militärische Geheimorganisationen.

### Kenworthy's Pläne.

**Berlin, 28. November.** (Eigene Drahtmeldung.) Der britische Parlamentarier Kenworthy, der augenblicklich in Berlin weilte, hatte mit Vertretern verschiedener Zeitungen Unterredungen, in denen er sich über die europäische Lage aussprach. Er sieht eine Rettung für Europa nur in einem intensiven Zusammenarbeiten Deutschlands mit England, und zwar hauptsächlich in Rußland, wobei sich Kenworthy Deutschland als den Arbeiter, England als den Unternehmer denkt. Rußland habe heute die Regierung, die es brauche. Der Sturz Lenins würde zur Zeit Anarchismus in Rußland bedeuten. Rußland brauche heute alles von der Stecknadel bis zur Lokomotive und nach seiner Ansicht kann Rußland zahlen. Das Volk sei intelligent, bedürfnislos und arbeitsam und das Land reich, das sei heute mehr wert, als Gold. Sibirien müsse mit einem langen Eisenbahnweg überzogen werden. Dem Mangel an Transportmitteln wäre abzuhelfen, Krupp und Vöder zusammen könnten es schaffen. England habe die Schiffe, die politische Macht und das Geld, Deutschland habe die Organisation. England würde die Rohmaterialien liefern, Deutschland würde sie verarbeiten. England würde die fertigen Waren nach Rußland verladen und bald würde man dann das Rohmaterial, das jetzt teuer aus allen Enden der Welt zusammengeholt werde, billiger aus Rußland heranzubringen können. Die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa stiehe freilich sowohl bei den Regierungen, wie bei den breiten Massen der Völker noch immer auf den festigsten Widerstand, man müsse aber das jetzt Erreichbare schaffen, das wäre der internationale Zusammenschluß von Geschäftsmännern und Finanzleuten zu einer gemeinsamen und planmäßigen Sanierungsaktion.

Ueber die ökonomische Lage Deutschlands äußerte sich Kenworthy sehr zurückhaltend. Er glaubt nicht, daß Deutschland über die Januar- und Februarrate hinaus Reparationszahlungen werden leisten können. Auch im eigenen Interesse der Gläubiger müsse man darum Deutschland eine angemessene Stundung bewilligen.

### Moskau Mißtrauen gegen die Ausbeuterkonzerne.

**DE.** Den gegenwärtig in Sowjetrußland allgemein herrschenden Befürchtungen, daß die Bildung internationaler Konzerne für die Beteiligung in Rußland zur Ausbeutung Rußlands führen würde, gibt Nabel in der Moskauer Prawda Ausdruck. Er schreibt, das Projekt eines deutsch-englischen Trusts für den Aufbau Rußlands zeuge davon, daß der in letzter Zeit vor sich gegangene Umschwung in der deutschen Politik gegenüber Sowjetrußland sich nicht einschleichen genugsam vollziehe. Ein derartiger Trust könne zwar dazu dienen, die Preise der Auslandswaren beim Abzug nach Sowjetrußland zu senken, würde jedoch die deutsche Industrie der Kontrolle der Entente unterstellen und Deutschland als selbständigen Faktor in Rußland ausschalten. Es sei ferner, die Notwendigkeit des Zusammengehens mit England damit zu begründen, daß Deutschland allein die nötigen Kapitalien nicht aufbringen könne. Der Wiederaufbau Rußlands werde eine Arbeit von vielen Jahren erfordern, das bedeute aber nicht, daß die Arbeit sofort in einem grandiosen Ausmaß beginnen müsse oder könne. Die englisch-deutschen Projekte seien letzten Endes auf eine Sabotage der direkten deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen durch das englische Kapital hinaus und würden einen beschleunigten, aber realen Anfang verzögern. Sowjetrußland erkenne, daß es nicht nur von einer einzigen kapitalistischen Gruppierung Hilfe brauche, es werde jedoch Mittel für den Kampf gegen einen internationalen Ausbeuterkonglomerat finden. Nabel läßt eine Drohung gegen Deutschland einfließen, wenn er sagt, selbstverständlich würden sich diese Mittel leichter gegen das schwächere Mitglied des Trusts, als gegen das stärkere anwenden lassen.

### Ein englischer „Panther-Sprung“.

**London, 26. November.** Die englische Regierung hat beschlossen, nach Mexiko in Ellicien, in der Nähe von Alexandrette, ein Kriegsschiff zu entsenden. — Havas meldet aus London: Die Note der englischen Regierung an die französische Regierung ist vom englischen Kabinett genehmigt worden. Sie wird der französischen Regierung wahrscheinlich morgen vormittag zugeföhrt werden. Bis zur Regelung der durch den Vertrag von Ankara hervorgerufenen Meinungsverschiedenheiten hat die britische Regierung Maßnahmen getroffen, um ihre Interessen in Kleinasien wahrzunehmen, und hat zu diesem Zweck beschlossen, ein Kriegsschiff nach Mexiko zu entsenden.

### Landtagswahlen in Hessen.

**Berlin, 28. November.** (Eigene Drahtmeldung.) Die Neuwahlen in Hessen haben nach den bisherigen Meldungen folgendes Ergebnis gebracht: 24 Sozialdemokraten, 1 Unabhängige und Kommunisten, 12 Zentrum, 12 Deutsche Volkspartei, 8 freie Bauernschaft, 5 Demokraten und 2-3 Deutschnationale. Der bisherige Landtag bestand aus 31 Sozialdemokraten, 1 Unabhängigen, 13 Zentrum, 5 Deutsche Volkspartei, 13 Demokraten und 7 Deutschnationalen. Bei den gestrigen Wahlen war die Wahlbeteiligung gering. Die freie Bauernschaft trat wie in Baden zum erstenmal mit einer selbständigen Liste auf und hatte damit ziemlichen Erfolg.

### Belogen und betrogen.

Der Vorwärts setzt seine Enthüllungen über den Ursprung und die Naturgeschichte des Osterputztes weiter fort. Die nachstehenden Berichte Merklers und des damaligen Vorsitzenden des Halle'schen Bezirks, Schmidt, bestätigen vollständig die Anklagen gegenüber der Zentrale. Wir folgen wiederum dem Wortlaut des Vorwärts. Einige unwesentliche Stellen sind von uns gestrichen worden.

**Aus dem Bericht Merklers.**  
 Ich gehöre der Bezirksleitung an und war M. B. Leiter für den Bezirk. Die Ausführungen Bowhicks, die Ausführungen Lemds sind meine eigenen Ausführungen. Ich bestätige ausdrücklich, daß Oberlein uns die verschiedensten Aufträge zum Sprengen gegeben hat, unter anderem auch das Klassenkampfgebäude (am 23. und 24. März).

Dienstag, den 22. Am Schluß einer Versammlung schlugen Arbeiter verschiedene Spolente halbiert, trotzdem ließ die Spio nicht auf einen Kampf ein. Der Kampf entbrannte in dieser Nacht von unserer Seite und dehnte sich auf den Hettstedter und Kößlinger Bezirk aus.

Montag, den 21. Unseren Auftrag vom militärischen Oberleiter, die Spio vernichtend zu schlagen, damit wir mit einem Siege die Sache angingen. Unsere Taktik, die Spio anzuzureifen, hätte den Sieg verbürgt, wenn Hölz nicht immer vorwärts hätte. Dort Bankten zu berauben, wo keine Spio war.

### Aus dem Bericht Schmidts.

(Vorliegender der Halle'scher Bezirksleitung.)  
 Am 19. März rief uns die Bezirksleitung zusammen. Anwesend waren die Unterbezirksleiter, der Bezirksauswahlschuss und von den größeren Orten die illegalen Leiter.

In dieser Sitzung entwickelte Delsner die außen-innerpolitische Situation, und zwar so: Der große Landarbeiterstreik im Osten wächst sich zum politischen Streik, die Lage in Obersachsen, die Abstimmung muß bewaffnete Zusammenstöße ergeben zwischen deutschen und polnischen Truppen, die Orgel marschiert auf am Starnberger See. Für uns steht die Frage: Wir müssen zur Aktion kommen. Wie organisieren bzw. treiben wir die Aktion vorwärts?

Das waren ungefähr die Hauptpunkte. Nach Delsner ergriff Schneider das Wort. (Der Redakteur des Mansfelder kommunistischen Organs, Ned.) Schneiders Ausführungen ergaben, daß er sich in einer Art und Weise engagiert habe, daß er nicht mehr zurück konnte. Er begrüßte den Standpunkt der „Roten Fahne“ und daß sich so festgelegt hatte. Er hatte das selbe am Sonnabend getan. Während ich sprach, kamen Nachrichten aus Teutschenthal. Dort zogen Truppentransporte durch Rößlingen. In Eisleben sei die Spio auf der Straße. Ich glaubte das natürlich. Ich glaubte auch die Sache mit dem Landarbeiterstreik, auch das mit Oberhesseln und Leißnitz am Starnberger See. Unter dem Eindruck dieser Meldungen mußte ich mich abwenden. (Es folgt dann ein verständliches Gespräch Schmidts mit Schneider, wobei Schneider erklärt, daß sich in seinem Bezirk, die Sache nicht mehr halten ließ.) Delsners Schlussworte gingen dahin, daß der Kampf in vollem Gange sei, unser Bestreben müsse es sein, ihn zu steigern. (In Wirklichkeit hatten sich dahin noch gar keine Kämpfe stattgefunden.)

Ich hatte den Auftrag, die städtischen Arbeiter zu überzeugen, damit diese sich am Generalstreik beteiligen. Am Sonnabend war ich dann mit den Funktionären der Betriebe zusammen, und haben wir die Frage des Generalstreiks reiflich besprochen. Wenn wir das Elektrizitätswerk und die Straßenbahn stilllegen wollten, mühten wir mindestens zwei Mann in Schuhhaft nehmen. Solange deren Raub noch auf den Arbeitern lag, solange können wir nicht am Generalstreik.

Am Montag sollte in Eisleben der Kadav losgegarren sein. Dort sollte schon gekämpft werden. Das bemächtigete sich aber nachher nicht. Wir in Halle glaubten die Nachricht, daß in Mansfeld die Kämpfe im Gange wären. Merker ist der illegale Leiter vom Bezirk Mansfeld gewesen.

Am Karfreitag fand die Sitzung im „Dresdener Hof“ statt, wo die Parole herausgegeben wurde: „Brennieren um jeden Preis. Stürzt Straßenbahnen um, schmeißt Handgranaten! Die Ausführungen wurden von Delsner gemacht. Ich habe weiter nichts gesagt als: Ihr habt Delsner gehört. Ihr werdet danach handeln.

In einem anderen Zimmer tagte das Direktorium. Von diesen beiden Sitzungen, sowohl früh wie nachmittags, hatte die Polizei Nachricht. Am Montag muß Höllein und... gekommen sein, die in Gegenwart von Richter, Böhold, Freundlich eine Zusammenkunft gehabt haben, in der Höllein sich beschwert hat, daß Halle nicht auf die Beine kommt. Ich bin mit Höllein zum erstenmal am Dienstag zusammengekommen. Es wurde verlangt, wir sollten zur Tatkraftigen. Wir sollten mit allen Mitteln versuchen, den Generalstreik zu steuern. Das wurde am dritten Freitag versucht, und zwar mit dem Erfolg, daß die wenigen, die wahrscheinlich nicht reinnehmen wollten, am Mittwoch hineingegaen sind. Der Mittwoch hat sich in der gleichen Bahn bewegt. Wir bekamen Berichte aus dem ganzen Reich, die außerordentlich aktiv waren: Berlin stand im Generalstreik, Leipzig das Ruhrgebiet und selbst Nordbavarn gingen an. Etwas Wichtiges: Es kommt die Parole: „Rein in die Betriebe — wählt politische Arbeiterräte.“ Ich habe die Parolen erst durch Freundlich erfahren. Die Parole wurde insofern befolgt, daß man in die Betriebe hineingegaen ist, aber nicht wieder hinaus.

Am ersten Feiertag hielt ich folgende ab: Ich stand unten in der Restauration und sprach mit Groh dem Älteren. Neben ihm stand der Genosse Abramowitz, und Groh sagte zu mir: „Denk bloß an, die Zentrale existiert nicht mehr, sie sind alle ersetzt, die Sache ist vollständig hoffnungslos.“ Ich habe mich aufgeregt und gesagt: „Oben werden uns solche Berichte